



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 185. Ratssitzung vom 9. Februar 2022

4973. 2020/440

Interpellation der AL-Fraktion vom 30.09.2020:

Bericht über die Beteiligung der Stadt an der Sklaverei und dem Sklavenhandel, Haltung betreffend Übertragung heutiger moralischer Massstäbe in die Vergangenheit sowie Stellungnahme betreffend eine materielle Wiedergutmachung und eine Zusammenarbeit mit Bund und Kanton im Hinblick einer möglichen, an die Schweiz gerichteten, Reparationsforderung

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 277 vom 24. März 2021).

Willi Wottreng (AL) nimmt Stellung: Der Stadtrat antwortet in seiner Stellungnahme zur Interpellation der AL sehr defensiv: Zürich habe beim transatlantischen Sklavenhandel «nicht zu den zentralen Akteuren» gehört. Man kann diskutieren, wer bei einem kleinen Land wie der Schweiz die zentralen Akteure sind. Der mitgelieferte Bericht von Gesine Krüger des historischen Seminars schreibt konkret, dass es eine finanzielle Schweizer Beteiligung an der Verschleppung von 169 000 bis 176 000 Menschen gab und damit eine Beteiligung von 1,35 bis 1,4 Prozent. Gemeint sind nach Amerika verschiffte Afrikanerinnen und Afrikaner. Die Stadt Zürich investierte als Aktionärin der «South Sea Company» in die Verschleppung von 36 494 Sklavinnen und Sklaven. Weiter lautet die Bilanz, dass «die Industrialisierung in Zürich auf der Veredelung von Sklavereiprodukten beruhe». Vielleicht war Zürich also kein zentraler, aber sicher auch kein unbedeutender Akteur. Im Bericht steht: «Festzuhalten bleibt, dass das Zürcher Kapital einen kleinen, aber nicht unbedeutenden Teil des Sklavenhandels und der transatlantischen Sklavewirtschaft finanzierte.» Wir müssen keine Angst haben; eine sogenannte Wiedergutmachung ist ohnehin nie möglich, Restitution ist in erster Linie eine Frage der Rückgabe von Würde. Wir, die wir heute in Zürich leben, können bescheiden aus der Geschichte lernen und die Chance sehen. Wenn wir uns nämlich mit Nachkommen von versklavten Familien und Gesellschaften auf Augenhöhe auseinandersetzen, können neue internationale Verbindungen gewaltfreier Art, neue Freundschaften und auch buchstäblich neue Entdeckungen auf gerechter Basis entstehen. Allfällige Forderungen kann man in diesem freundschaftlichen Geist entgegennehmen und behandeln. Bereits im Jahr 2003 warf ein Vorstoss der AL im Gemeinderat praktisch die gleichen Fragen zur Verstrickung in die Sklaverei auf. Damals antwortete der Stadtrat, dass es nicht Aufgabe der Politik sei, Stellung zu beziehen, sondern von der Geschichtswissenschaft: «Der Stadtrat fühlt sich nicht zum Richter über die damalige Zeit und fühlt sich auch nicht zur historischen Forschung berufen.» Heute will sich der Stadtrat am Dialog beteiligen, er sei «gerne bereit, an dieser historischen Auseinandersetzung teilzunehmen.» Man kann hier sehen, dass es bei gewissen Themen etwas länger dauert, bis die dicken Bretter, die die Sicht behindern, durchbohrt werden können. Es heisst: «Die nächste Stufe der Anerkennung einer nicht unbedeutenden Verstrickung der Stadt Zürich mit dem Kolonialsystem wird bald auch noch kommen.» Es geht nicht darum, die Ungerechtigkeiten der Geschichte



bis zur Steinzeit rückgängig zu machen, wie einige polemisch behaupten. Vielmehr geht es darum, sich auf Augenhöhe den Menschen zu stellen, die solche Ungerechtigkeiten in ihrer Familiengeschichte mittragen, mitempfinden und zur Sprache bringen. Es geht auch nicht um die Übertragung neuer moralischer Massstäbe in die Vergangenheit – die moralischen Massstäbe galten von Anfang an, zumal Kolonisten oft unter Berufung auf die Lehren christlicher Missionare handelten. Es gab seit den ersten Zeiten, als die Völker durch Sklaverei ausgepresst wurden, Widerstand gegen Sklavenhaltung und Sklavenhandel aufseiten der Kolonialisten, wie auch im Inneren der Kolonialmächte. Die AL nimmt die Antwort des Stadtrats im Wissen darum, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, zur Kenntnis. Die Beteiligung an der Kolonialgeschichte muss Eingang in Kulturaktivitäten, Ausstellungen von Museen und Schulbücher finden. Das Thema lässt sich nicht so leicht wegwischen wie die Spuren auf dem Deck eines Sklavenschiffs.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Bericht der Universität Zürich zur Beteiligung der Stadt Zürich und von Zürcher Familien an der Sklaverei und am Sklavenhandel schafft Klarheit und wurde in den Medien breit dargestellt. Wir wissen heute, was Sache ist: Zürich und Zürcher Familien waren Teil eines Systems. Das gilt ganz besonders für die Baumwollindustrie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wir kennen auch die Rolle von Alfred Escher, der zu Lebzeiten und bis heute mit der Sklaverei in Verbindung gebracht wird. Ich bin froh, dass wir heute sehr viel mehr wissen. In der Interpellationsantwort beantworteten wir diese Fragen vertieft, ich werde deshalb nur auf einige wenige Punkte eingehen. Für den Stadtrat steht es erstens ausser Zweifel, dass die menschliche und ethische Unzulässigkeit des Sklavenhandels und der Sklaverei für die Menschen damals erkennbar sein konnte – mindestens für die, die lesen konnten. Der Abolitionismus war vielfach Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Weil die Stadt Zürich, die Zürcher Industrie und auch Zürcherinnen und Zürcher als Konsumierende sogenannter Kolonialwaren mit der Sklaverei und dem Sklavenhandel verstrickt waren, sind wir zweitens als Gesellschaft in der Pflicht, uns mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Drittens kann die Frage nach einer allfälligen Wiedergutmachung nicht abstrakt beantwortet werden. Der Stadtrat ist aber selbstverständlich bereit, konkrete Forderungen unter Beachtung der rechtlich gegebenen Möglichkeiten im Einzelfall zu prüfen. Für den Stadtrat ist viertens klar, dass – ganz unabhängig von der Frage der Reparation – unsere Gesellschaft an das Unrecht gegenüber damals versklavten Menschen erinnern muss. Der Bericht der Universität Zürich ist ein Teil dieser Erinnerungsarbeit. Fünftens: Wie konkret an die Sklaverei und die Verstrickungen im kolonialen Weltsystem erinnert werden soll, wird zurzeit evaluiert. In Planung ist beispielsweise eine Ausstellung im Stadthaus. Der Stadtrat setzte ein Gremium ein, dass diese Arbeiten koordiniert und die Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum (KIÖR) überprüft unter diesen Prämissen sämtliche Denkmäler in städtischem Besitz. Die Vorbereitungen wurden getroffen und die Arbeiten beginnen. Ich danke allen, die sich an der wichtigen Diskussion, wie man sich in Zürich an die Sklaverei und an den Sklavenhandel erinnern soll, in den unsere Vorfahren verstrickt waren, beteiligen. Ich danke auch allen, die sich nicht auf die Perspektive Vergangenheit begrenzen, sondern die Augen offenhalten und sich engagieren und bei heutigen Formen von Ausnutzung und Ausbeutung aktiv sind, um Verbesserungen zu ermöglichen.*



Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Als Geschichtslehrer freut es mich sehr, dass sich die Linke neuerdings so für Schweizer Geschichte interessiert. Es waren die linken Kräfte an der Universität Zürich, die dafür gesorgt haben, dass die Schweizer Geschichte keine bedeutende Rolle mehr spielte. Man merkt, dass Sie den Lehrstuhl für Schweizer Geschichte im Gemeinderat aufziehen möchten. Auch im Lehrplan 21 waren es linke Didaktiker, die dafür sorgten, dass die Schweizer Geschichte an Gewicht verliert und mit Geografie zusammengeschmolzen wird. Offensichtlich findet aber eine Trendwende statt und man spricht wieder mehr über Schweizer Geschichte – nur nicht an den Orten, wo sie hingehört, wie in Schulen und Universitäten, sondern hier im politischen Umfeld. Sie nehmen dabei eine begrenzte und monothematische Perspektive ein; es geht immer nur um das Kolonialsystem und unsere Täterrolle. Die These ist immer die gleiche: Die Bürgerlichen sind böse und gemein und das soll durch historische Abklärungen bewiesen werden. Aber auch in der Schweiz geschah viel Unrecht, das zeigt sich beispielsweise in der Feudalherrschaft, als viele Menschen in Zürich Untervasallen waren und wie Sklaven leben mussten. Auch in Turicum wird es wahrscheinlich Sklaven gegeben haben. Es erstaunt mich ein wenig, wie Willi Wottreng (AL) in seinem Votum die Wiedergutmachung und Reparationen relativiert. In der Interpellation ist nämlich relativ deutlich von materieller Wiedergutmachung die Rede und auch die STP Corine Mauch sprach von der Prüfung materieller Wiedergutmachungen. Interessanterweise können weder Ihre Vorredner in Amerika noch Sie mir erklären, wer irgendetwas an wen zahlen muss. Wer soll für diese Wiedergutmachungen aufkommen? Muss jemand, der erst vor kurzem eingebürgert wurde, mit seinem Steuersubstrat an die Wiedergutmachung der Stadt mitzahlen? Und wem wollen Sie materielle Wiedergutmachungen zusprechen? Es wäre interessant zu hören, ob es nur um Wortklaubereien geht, oder ob Sie konkrete Vorstellungen haben.

Michael Kraft (SP): Die historische Forschung ist zweifellos zentral, um diesem wichtigen und über lange Jahre viel zu wenig beachteten Thema Platz einzuräumen und Wissen zu erlangen. Die Forschung zeigt nicht zuletzt, dass die Sklaverei auch damals, spätestens zu Beginn des 19. Jahrhunderts, von einem Teil der Menschen als Unrecht angesehen wurde und gesellschaftlich zumindest umstritten war. Wir stimmen dem Stadtrat zu, dass es konkrete Forderungen für Reparationszahlungen braucht. Man kann das nicht abstrakt diskutieren. Allerdings darf es nicht sein, dass man sich hinter Schweizer Recht versteckt. Mit der heutigen Gesetzeslage dürfte kaum viel passieren, selbst wenn solche konkreten Forderungen von Nachkommen von Sklavinnen und Sklaven vorgebracht würden. Falls solche konkreten Forderungen kommen, erwarten wir ein aktives Handeln und Zugehen auf die Nachkommen von Opfern. Wir glauben, dass auch anderweitig Handeln möglich und dringlich ist und in diesem Sinne ist es richtig und wichtig, wenn der Stadtrat prüfen will, wie die Erinnerung an diese Epoche unserer Stadt gestärkt werden kann. Darüber hinaus wäre aber mehr möglich; weshalb geht man nicht aktiv auf Organisationen von Nachkommen von Sklavinnen und Sklaven wie CARICOM zu? Oder warum lässt sich nicht eine Städtepartnerschaft mit einer Gemeinde von Nachkommen von Sklavinnen und Sklaven begründen? Es geht um die Augenhöhe. Es gäbe bestimmt weitere zielführende Ansätze. Das Ziel muss sein, dass nicht nur die wichtige gesell-



4 / 4

schaftliche Debatte über historisches Unrecht und das wichtige Erinnern an dieses geschieht, sondern dass auch ein Weg hin zur sogenannten Wiedergutmachung dieses Unrechts aufgezeigt werden kann.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat